

Ökopax Greenpeace darf alles – Fahrverbote etc – Fragwürdige Aktionen für den „Klimaschutz“

geschrieben von Admin | 27. Juni 2018

Geht es noch abwegiger? Da kippt Greenpeace in Berlin tausende von Litern gelber Farbe auf die Straße rund um die Siegessäule und verwandelt den Asphalt in eine gefährlich glatte Fläche.

Die »Umweltorganisation« geht dabei völlig unbedarft mit der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer zu Felde. Sie nimmt in Kauf, dass auf der rutschigen Fläche Fahrradfahrer zu Fall kommen. Am frühen Morgen war einem Bericht des Tagesspiegel zufolge bereits eine Radfahrerin auf der schmierig glatten Fahrbahn gestürzt und saß minutenlang unter Schock auf dem Pflaster. Sie blieb bis auf Prellungen und Schürfwunden unverletzt. Auf dem Bild ist ein Kindersitz zu sehen, in dem zum Glück kein Kind saß. Eine Anzeige wollte sie den Angaben der Polizei zufolge nicht erstatten, sie müsse sofort in ihren Unterricht.

Autos fahren vorsichtig und verteilten gleichzeitig mit ihren Reifen die Farbe. 3.500 Liter wertvolles Wasser verschwendeten die Umweltschützer bei ihrer Aktion. Die Farbe sei umweltfreundlich, behauptet Greenpeace. Umweltfreundliche Farbe gibt es jedoch nicht, es müssen immer farbige Pigmente verwendet werden, sonst würde keine Farbe zu sehen sein. Die Polizei ermittelt wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Interessant dürften Ermittlungen wegen des Aufstieges einer Drohne werden, mit der die Luftbilder gemacht wurden. Das muss bei der zuständigen Luftbehörde angemeldet und genehmigt werden. Zudem gilt drei nautische Meilen rund um den Reichstag ein Flugbeschränkungsgebiet (Restricted Area ED-R146). Aufstiege von Drohnen sind in diesem Gebiet nur mit Auflagen erlaubt und nur dann, wenn spätestens eine Stunde vor dem Flug das Lagezentrum der Polizei unterrichtet wurde. Ohne eine Genehmigung stellt ein solcher Durchflug ein Straftatbestand dar.

In der Hauptstadt wollte der Millionenkonzern Greenpeace (Spenden in Deutschland 58,5 Millionen Euro (2016)) gegen Klimapolitik protestieren. Was ist schon körperliche Unversehrtheit gegen den Klimawandel!

Derweil stauten sich am Montag in Deutschlands zweitgrößter Stadt Hamburg die Autofahrer in der Max-Bauer-Allee bis hin zum Altonaer Rathaus. Die Polizei sperrte die Straße, baute eine Kontrollstelle auf und prüfte Dieselfahrzeuge, ob sie die für ältere Diesel verbotenen 580 Meter fahren dürfen oder nicht. Das hat in einer Sternstunde die Hamburger Umweltbehörde festgelegt, geht nicht ohne einen Blick in den Fahrzeugschein und darauf, ob die Motoren nur die alten Euronormen erfüllen. Deren Fahrer müssen sich deutlich längere Ausweichrouten suchen, wenn sie nicht Anlieger oder Handwerker sind. Die dürfen fahren, ebenso wie Lieferdienste.

Folge: Große Verkehrsbehinderungen und Staus im morgendlichen

Berufsverkehr verbunden mit entsprechend hohen Abgasströmen. Es droht ein Verwarngeld von 20 Euro. Verständlich, dass die Polizisten lieber Autofahrer kontrollieren, als sich von Noch-nicht-solange-hier-seienden einen auf die Nase zu riskieren. Dieselfahrer leisten noch nicht so viel Widerstand. Bisher jedenfalls.

Jetzt sind Klagewellen der betroffenen Autofahrer um die Korrektheit der Messungen möglich. Die sind sehr fraglich, wie das unsere Leseraktion »Messstationen« gezeigt hat. Die Station an der Max-Brauer-Straße steht unter einem dichten Blätterdach, das ist gemäß Vorschriften nicht erlaubt, weil die Messwerte damit verfälscht werden. »Die Messstation steht selbstverständlich auch hier in einer engen Häuserschlucht. Besonders dreist: Sie ist in der Mitte der Fahrbahn auf einem Parkstreifen aufgestellt. Aufgrund einer Ampel kommt es auch hier regelmäßig zu stehendem Verkehr. Stark frequentierte Bushaltestationen auf beiden Seiten der Fahrbahn dürften hier ihren Teil zur Emission beitragen.« berichtete ein Leser.

Inzwischen trat in Berlin die sogenannte Kohlekommission erstmals zusammen. Diese Kommission soll bis Ende dieses Jahres klären, wie Deutschland die CO₂-Lücke zum Klimaziel für das Jahr 2020 schließen kann. Das Rezept ist von der Kernenergiekommission her bekannt. Pfarrer und Sozialpädagogen erklären Stromerzeugung mit Hilfe von Kraftwerken kurzerhand für unethisch.

Da könnte Annalena Baerbock von den Grünen unbefangen fordern: »Huch, Kraftwerke abschalten!« Sonst wird das nix mit der Begrenzung der globalen Erwärmung unter 1,5 und 2 Grad Celsius. Dieses Planziel hatten seinerzeit die Pariser Klimakämpfer doch so nett formuliert. Mit der kleinen Petitesse, dass Deutschland und die USA ihren Energieverbrauch einschränken und vor allem zahlen sollten, während fast alle anderen Länder ihre Kohlenutzung ausweiten dürfen und nichts bezahlen sollen. Kein Wunder, dass US-Präsident Trump als eine der ersten Maßnahmen diese verrückte Entscheidung kassierte.

Aber vielleicht ist die Erde doch noch nicht verloren. Siehe, es gibt Hoffnung. Sie kommt unter anderen von der Engländerin Oonagh Dalgliesh, 32 und »Eventmanagerin«. Sie gehört zu jener Gruppe von jungen Engländerinnen, die auch schon mal mit Schildern »Rette den Planeten, töte dich selbst!« Durch die Gegend rennen, ohne dass sie aber selbst den Anfang machen wollen.

Ihr Mann jedenfalls will gern ein Kind, sie den Planeten Erde retten. Sie kommt zum Schluss: Passt nicht zusammen, gibt kein Kind. Der Planet Erde komme mit der Überbevölkerung nicht mehr zurecht, daher müsse es ein Ende haben: »Childfreedom!«. Der gute alte Malthus, der bereits im 18. Jahrhundert vor Bevölkerungsexplosion und Hungersnöten warnte, lässt grüßen. Schluss mit Babies, Schluss mit Ressourcenverbrauch, Erde retten. Es sei unverantwortlich, vier oder fünf Kinder zu haben. Was bedeutet das für Afrika, Arabien und mohammedanische Länder? Und Einwanderer von dort?

Der Beitrag erschien zuerst bei Tichys Einblick hier